



Dr. Thomas Ulmer MdEP

**Nicht die Bürger müssen sich auf die Suche nach EU-Informationen begeben,
sondern die Informationen müssen sich auf die Suche nach den Bürgern begeben!**

EuKommunal News (EuKN)

Nachrichten für Kommunen aus und für Europa

Februar 2010

1. Bodenschutzrahmenrichtlinie

Die Bundesregierung lässt (vorsorglich) die Kosten einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie ermitteln. Damit reagiert sie offensichtlich auf die Ankündigung der Triopräsidentschaft (Spanien/Belgien/Ungarn), diese Richtlinie „wirksam und uneingeschränkt“ umsetzen zu wollen (siehe EuKN 76.5). Im Dezember 2007 konnte Deutschland gemeinsam mit Österreich, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien diese Regelung noch stoppen; auch das Parlament hatte sich im April 2009 mehrheitlich kritisch über eine europäische Bodenschutzregelung geäußert. Nachdem aber Frankreich eine Änderung seiner Auffassung angedeutet hat, ist vom Bundesforschungsministerium der Forschungsauftrag zu den Kosten der Rahmenrichtlinie ausgeschrieben worden. Untersucht werden soll, inwieweit die Richtlinie die nationale Bodenschutzgesetzgebung ändert und durch die Einführung einer neuen Maßnahmensystematik neue Kosten für die betroffenen Wirtschaftssektoren entstehen. Einen Schwerpunkt soll die Altlastensanierung bilden. Darüber hinaus sollen die Auswirkungen in drei bis vier weiteren ausgewählten Mitgliedstaaten zum Vergleich untersucht werden.

Der Ausschreibungstext des Forschungsauftrags unter

<http://www.evergabe-online.de/home?kategorie=6&searchFor=leistung&leistungA=&ortA=&cpvB=&leistungsArt=-1&nationalEU=-1&veroeffentlichungsZeitraum=7&content=showAusschreibung&suchenJSP=ausschreibungen&verfahrenID=11682&navi=2>

2. E-Commerce

Ein leistungsfähiger Internetzugang ist für die Wirtschaft unverzichtbar. Das bestätigen die neuesten Erhebungen von Eurostat. Danach wird mehr als jeder zehnte Euro der Unternehmensumsätze über E-Commerce erwirtschaftet. In der EU27 hatten im Januar 2009 82 % der Unternehmen mit mindestens zehn

Beschäftigten einen Breitband-Internetzugang; in Deutschland waren es 88 %, Frankreich 92 %, Österreich 76 %, England 85 %; Spitzenreiter sind Finnland 94 % sowie Spanien und Malta mit 93 %. Der Internetzugang ermöglicht den Unternehmen u. a. den elektronischen Ein- und Verkauf von Produkten. Im Jahr 2008 wurden in der EU27 12 % des Unternehmensumsatzes mit E-Commerce erwirtschaftet; in Deutschland waren es 15 %, Frankreich 13 %, Österreich 11 %, England 15 %; Spitzenreiter sind Irland mit 26 % und Norwegen mit 21 %.

Die Presseinformation von Eurostat vom 19. 01. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/12&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

3. Marguerite-Fonds

“Marguerite” ist ein europäischer Fonds für Energie, Klimawandel und Infrastruktur. Der von führenden europäischen öffentlichen Finanzierungsinstituten, u. a. der KfW-Bankengruppe, im Dezember 2009 gegründete Fonds soll Infrastrukturinvestitionen zügig ankurbeln, die zur Umsetzung der EU-Politik im Bereich Klimawandel, Energiesicherheit und transeuropäischer Netzwerke beitragen. Marguerite soll zudem Vorbildcharakter für künftige Fonds in der EU haben und trägt dem Ansatz Rechnung, marktwirtschaftliche Prinzipien mit der Förderung staatlicher Zielsetzungen zu verbinden. Der Fonds ist mit einem Anfangskapital in Höhe von 600 Mio. Euro ausgestattet; 1,5 Milliarden Euro sind angestrebt. Durch Marguerite werden Eigenkapital oder eigenkapitalähnliche Mittel für Unternehmen bereitgestellt, die Infrastrukturprojekte im Transport- und Energiesektor, in transeuropäischen Netzen sowie im Bereich erneuerbarer Energien besitzen oder betreiben.

Weitere Einzelheiten in der Pressemitteilung der KfW-Bankengruppe vom 04. 12. 2009 unter

http://www.kfw.de/DE_Home/Presse/Pressearchiv/2009/20091204_34481.jsp

4. Energieeffizienz

Kommunale Machbarkeitsstudien zur Energieeffizienz werden gefördert. Damit sollen den Kommunen Investitionen in nachhaltige Energieprojekte erleichtert werden. Über das europäische Programm ELENA kann ein Teil der Kosten gedeckt werden, die notwendig sind, um ein Investitionsprogramm vorzubereiten, durchzuführen und zu finanzieren. Das betrifft z. B. Machbarkeits- und Marktstudien, die Strukturierung von Programmen, Geschäftspläne, Energieprüfungen, Vorbereitung für Vergabeverfahren - kurz: alles, was notwendig ist, damit nachhaltige Energieprojekte der Kommunen eine Finanzierung aus EIB-Mitteln erhalten können. Weitergehende Informationen insbesondere auch zur Beantragung entsprechender Mittel unter

http://www.eib.org/products/technical_assistance/elena/index.htm?lang=de

5. Europäische Bürgerinitiative

Für eine EU-Bürgerinitiative sollen eine Million Stimmen aus mindestens neun Mitgliedstaaten erforderlich sein. Ist die Bürgerinitiative erfolgreich, wird die Kommission verpflichtet, Vorschläge zu bestimmten Themen zu unterbreiten. Weitere Fragen z. B. dazu, wie überprüft werden kann, ob die Unterschriften echt sind, in

welcher Form eine Petition abgegeben werden soll oder ob Fristen vorgegeben werden, sind in dem Vorschlag für eine entsprechende Verordnung zu regeln, die von der Kommission dem Parlament und dem Rat vorzulegen ist.

Zum zwischenzeitlich abgeschlossenen Grünbuchverfahren unter

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/docs/com_2009_622_de.pdf

Weitere Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative unter

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_de.htm

Weiteres unter

<http://www.euractiv.com/de/prioritaten/million-burger-9-ndern-eu-gesetzgebung-auslsen/article-188901>

6. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft stellt öffentliche Güter für alle Bürger bereit. Unter öffentlichen Gütern werden die Bereitstellung und Pflege von Lebensräumen (Moore, Almweiden und Feuchtwiesen), Beiträge zum Gewässer- und Bodenschutz sowie zur CO₂-Speicherung verstanden. Diese Leistungen der Landwirtschaft zugunsten der Öffentlichkeit sind ein wesentliches Argument für die finanzielle Unterstützung der Landwirte durch die EU. Für den Schutz und den Ausbau dieser öffentlichen Güter sind daher genaue Zielvorgaben und ausreichende Fördergelder für Landwirte nötig, die diese Leistungen erbringen. Zu diesem Ergebnis kommt eine umfassende Studie des Instituts für europäische Umweltpolitik, die Kulturlandschaften und ihren Mehrwert für die Allgemeinheit ermittelt hat. Die Studie ist der bisher erste Versuch, die öffentlichen Güter, welche die Landwirte europaweit bereitstellen, in vollem Umfang zu ermitteln, und nennt die Argumente, die für eine Bezahlung dieser Leistung durch die öffentliche Hand (Gemeinsame Agrarpolitik GAP) sprechen.

Der Bericht vom Dezember 2009 (Englisch, 396 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/public-goods/report_en.pdf

Die Pressemitteilung der Kommission vom 25. 01. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/46&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

7. Biologische Vielfalt

Die Kommission hat eine Mitteilung zur biologischen Vielfalt vorgelegt.

Biologische Vielfalt – in der Fachsprache Biodiversität – sind die verschiedenen Lebensformen der Flora und Fauna innerhalb eines Lebensraums. Inhaltlich geht es bei der Mitteilung um Optionen für ein neues Konzept der EU für die Zeit nach 2010. Anlass ist die Feststellung, dass trotz der bisherigen Anstrengungen das Artensterben nicht aufgehalten werden konnte. Da aber die Vielfalt der Ökosysteme, Arten und Gene eine herausragende Bedeutung für wirtschaftlichen Wohlstand, soziales Wohlbefinden und Lebensqualität hat, schlägt nun die Kommission einen langfristigen Ansatz bis 2050 vor und vier durchaus kostenträchtige Optionen, die mittelfristig bis 2020 umgesetzt werden sollen. Das Konzept soll in einem ersten Schritt mit den Mitgliedstaaten diskutiert und bis Ende 2010 eine neue Rahmenregelung vorgelegt werden.

Die Mitteilung „Optionen für ein Biodiversitätskonzept und Biodiversitätsziel der EU für die Zeit nach 2010“ (14 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/policy/pdf/communication_2010_0004de.pdf

8. Fett-Steuer

Eu-weit wird eine Steuer auf ungesunde Lebensmittel diskutiert. Rumänien hat eine entsprechende Steuer bereits beschlossen. Dänemark diskutiert den Vorschlag, Süßigkeiten höher zu besteuern, um deren Verbrauch zu senken. In Spanien sollen nach Regierungsplänen Lebensmittel mit einem zu hohen Anteil an gesundheitsschädlichen Trans-Fettsäuren verboten werden. Österreich und Dänemark haben bereits Gesetze, die den Gehalt an Trans-Fettsäuren in Lebensmitteln auf 2 % begrenzen. Nach einer Mitteilung des Umweltbüros Wien soll in Rumänien die Steuer ab 1. März 2010 in Kraft treten. Sie betrifft juristische Personen, die ungesunde Nahrungsmittel mit hohem Salz-, Fett- oder Zuckergehalt oder einem hohen Anteil von Zusatzstoffen herstellen, einführen oder verarbeiten. Betroffen sind Fast-Food-Produkte, die Kuchen- und Süßwarenindustrie, Snacks und Kartoffelchips sowie Limonaden. Die Einnahmen aus der „Fett-Steuer“ sollen zur Finanzierung von Gesundheitsprogrammen verwendet werden.

Weiteres zur rumänischen Regelung unter

<http://www.euractiv.com/de/gesundheit/weltweit-erste-junk-food-steuer-rumnien-beschlossen/article-188651>

9. Google-Steuer

Frankreich prüft die Einführung einer „Google-Steuer“. Nach einem Bericht von FAZ.NET sollen damit - notfalls im nationalen Alleingang - von den großen Internetanbietern wie Google, Yahoo, MSN (Microsoft), Facebook und AOL bis zu 2 % der Werbeeinnahmen auf Banner und bezahlte Internetlinks abgeschöpft werden. Mit den Einnahmen sollen Künstler und kleinere Kulturanbieter im Internet gefördert werden.

Der Bericht auf FAZ.NET unter

<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~E3647E193A45247D29760F0205E991E85~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

10. Kommission – Zahlungsmoral

Frist 31. 03. 2010

Die Kommission hat nach wie vor eine schlechte Zahlungsmoral. Das hat der Ombudsmann nun das dritte Mal in Folge gerügt und gleichzeitig am 12. 01. 2010 eine Konsultation zu diesem Dauerbrenner eingeleitet. Die Rüge betrifft Zahlungen der Kommission an Bürger, Unternehmen, Kommunen, Universitäten und anderen Organisationen, die an EU-Projekten und -Verträgen beteiligt sind (zuletzt EUK 42.16). Zwar habe die Kommission in den letzten Jahren hinsichtlich der Pünktlichkeit von Zahlungen Fortschritte gemacht. Aber 22 % verspätete Zahlungen durch die Kommission in 2008 waren dann doch Anlass, ein öffentliches Konsultationsverfahren einzuleiten, von dem sich der Ombudsmann Ideen für eine verbesserte Zahlungsmoral verspricht. Frist zur Abgabe einer Stellungnahme ist der 31. 03. 2010.

Eine Pressemitteilung vom 12.01.2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=EO/10/1&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zur Konsultation siehe unter

<http://www.ombudsman.europa.eu/cases/correspondence.faces/de/4500/html.bookmark>

11. Zahlungsverzug

Die von der Kommission eingebrachte Zahlungsverzugs-Richtlinie findet in den Beratungen wenig Befürworter. Kritisiert wird die im Entwurf (siehe EuK 56.17) vorgesehene pauschale Entschädigung (Strafklausel) von 5 % des geschuldeten Betrags bei Überschreitung einer 30-Tages-Frist. Auch die Ungleichbehandlung von öffentlichen und privaten Auftraggebern - der Entwurf sieht Sanktionen nur für die öffentlichen Auftraggeber bei Verzug vor - findet kaum Befürworter. In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage hat auch die Bundesregierung am 30. 12. 2009 die Auffassung vertreten, dass die Schaffung von Sonderregelungen für die öffentliche Hand kritisch zu hinterfragen sei. Dort auch eine umfassende Stellungnahme der Bundesregierung zu den eigenen und den EU-Plänen zur Bekämpfung von Zahlungsverzug (BT Drucksache 17/384) unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/003/1700384.pdf>

Der Entwurf einer Zahlungsverzugs-Richtlinie vom 08. 04. 2009 unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0126:FIN:DE:PDF>

12. Bevölkerungsentwicklung 2030

Im europäischen Vergleich werden 2030 die meisten älteren Menschen in den neuen Bundesländern leben. Das ist ein Ergebnis der aktuellen Prognose von Eurostat. Sieben der insgesamt zehn Regionen mit dem ältesten Bevölkerungsdurchschnitt von über 52,8 Jahren sollen danach Regionen in den neuen Bundesländern sein, bei gleichzeitiger Abnahme der Gesamtbevölkerungszahl in dieser Region um mehr als 20 %. So werden 2030 in Chemnitz mehr als ein Drittel (37,3 %) der Menschen voraussichtlich über 65 Jahre alt sein, in Sachsen-Anhalt 36 %, dem nordöstlichen Brandenburg 35,2 %, Dresden 35,9 %, Thüringen 35,6 %, im südwestlichen Brandenburg 33,1 % und Mecklenburg-Vorpommern 34,4 %. Zusätzlich zur wachsenden Alterung wird die Bevölkerung in diesen Regionen in den nächsten 20 Jahren um mehr als 20 % sinken.

Im Gegenteil wird für den Raum Hamburg prognostiziert, dass dort die Zahl der über 65-Jährigen auf 17 % sinken und die Bevölkerung von derzeit 1,8 Millionen auf 2,2 Millionen Menschen anwachsen wird. Insgesamt wird die Bevölkerung in Deutschland bis 2030 von derzeit rund 82 Millionen auf 80 Millionen Einwohner zurückgehen. EU-weit dagegen wird die Gesamtbevölkerung in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich von 499,4 Millionen auf rund 520 Millionen Einwohner ansteigen.

Siehe unter

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8967_de.htm

Die Studie (Englisch, 20 Seiten) unter

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-10-001/EN/KS-SF-10-001-EN.PDF

13. Arbeitskräfte im Gesundheitswesen

Das Ergebnis der Konsultation über Arbeitskräfte im Gesundheitswesen liegt vor. In einem Grünbuch waren die Bereiche aufgezeigt worden (siehe EUK 51.4), in denen nach Ansicht der Kommission Maßnahmen getroffen werden könnten, u. a. die demografische Entwicklung und insbesondere die Migration von Beschäftigten des Gesundheitswesens aus den ärmeren in reichere Länder innerhalb der EU. Die

Zusammenfassung (Englisch 28 Seiten) der 197 Antworten aus 21 Mitgliedstaaten kann abgerufen werden unter

http://ec.europa.eu/health/ph_systems/docs/workforce_report.pdf

Das Grünbuch vom 10. 12. 2008 mit den Fragestellungen unter

http://ec.europa.eu/health/ph_systems/docs/workforce_gp_de.pdf

14. Vergabebekanntmachungen

Es gibt neue Standardformulare für die Veröffentlichung von Vergabebekanntmachungen. Damit werden neue Vorschriften über ein verbessertes Nachprüfverfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge umgesetzt.

Die Standardformulare unter

http://simap.europa.eu/buyer/forms-standard/index_de.htm

Umfassend zur Elektronischen Vergabe öffentlicher Aufträge unter

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/e-procurement_de.htm

15. Kartellverfahren

Die Kartellverfahren sollen für die betroffenen Unternehmen transparenter und vorhersehbarer werden. Diesem Ziel dienen drei von der Kommission veröffentlichte Arbeitspapiere, sozusagen ein „ABC des Kartellverfahrens“. Darin sind Informationen über Vorgehensweisen in Kartell- und Fusionskontrollverfahren und Leitlinien zur Rolle des Anhörungsbeauftragten in Kartelluntersuchungen zusammengestellt. Die Anhörungsbeauftragte ist die unabhängige Instanz zur Wahrung der Verteidigungs- und anderer Verfahrensrechte von Unternehmen. Die Arbeitspapiere sind mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten. Es besteht aber bis zum 03. 03. 2010 die Möglichkeit, dass die Betroffenen Stellung nehmen.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 06. 01. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/2&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Kommissionspapier (Englisch 30 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2010_best_practices/best_practice_articles.pdf

Die Unterlagen zur Konsultation unter

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2010_best_practices/index.html

16. Abfall-Agentur?

Eine europäische Agentur sollte die Anwendung der Abfallvorschriften überwachen. Das empfiehlt eine Kommissionsstudie, um dem Grundproblem einer schlechten Anwendung und Durchsetzung des europäischen Abfallrechts entgegenzutreten. Die Agentur soll die Überprüfung der Durchsetzungssysteme in den Mitgliedstaaten sowie koordinierte Kontrollen und Inspektionen übernehmen. Zugleich soll eine eigene europäische Stelle eingerichtet werden, die bei gravierenden Verstößen direkte Inspektionen und Kontrollen von Einrichtungen und Anlagen vornehmen kann. Die durch die neue Agentur entstehenden Kosten werden auf 16 Mio. € geschätzt. Eine Kosten-Nutzen-Analyse soll noch 2010 vorgelegt werden. Pressemitteilung der Kommission vom 01.02.2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/113&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

17. Flugsicherheit

Die Flugsicherheit in der EU wird weiter erhöht. Piloten und Flugsicherung werden künftig mit genaueren Daten über Gelände, Hindernisse und Flughafenflächen arbeiten können. Damit wird zugleich die bestmögliche Nutzung der Luftraumkapazität erhöht. Dadurch können Verspätungen vermieden und bei hohen Sicherheitsstandards mehr Flüge geplant werden, was angesichts einer absehbaren Verdoppelung der Kapazitätsnachfrage bis 2020 dringend erforderlich ist. Die Verordnung ist Teil der Initiative zur Vereinheitlichung des europäischen Luftraums, dessen Aufteilung sich derzeit noch an den nationalen Grenzen orientiert. Pressemitteilung (Englisch) vom 26. 01. 2010 unter http://ec.europa.eu/transport/air/single_european_sky/single_european_sky_en.htm

18. Reisende

Die EU-Kommission hat eine 12-Punkte-Liste mit Rechten für Reisende herausgegeben. Darin wird das EU-Regelwerk für Bahn- und Fluggäste knapp zusammengefasst. Die Kampagne solle den Menschen verdeutlichen, welche Rechte die europäische Gesetzgebung ihnen als Reisenden gibt. Warum das bei einer so öffentlichkeitsrelevanten Initiative nur auf Englisch und nicht in allen Amtssprachen erfolgt ist, wird eines der Sprachgeheimnisse bleiben, das zu ergründen wohl ein aussichtsloses Unterfangen sein dürfte.

Pressemitteilung vom 15. 12. 2009 mit der 12-Punkte-Liste (Englisch) unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/553>

19. €-Blüten

Am häufigsten werden 20- und 50-Euro-Noten gefälscht. Im zweiten Halbjahr 2009 war die 20-€-Banknote mit 47 % Spitzenreiter unter den €-Blüten, gefolgt von der 50-€-Banknote mit 39 %. Insgesamt wurden in 6 Monaten 447.000 gefälschte Eurobanknoten aus dem Verkehr gezogen. Dies bedeutet einen Anstieg um rund 8 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2009. In ihrem Bericht weist die Europäische Zentralbank (EZB) darauf hin, dass im Vergleich mit der Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Eurobanknoten (durchschnittlich 12,8 Milliarden) der Anteil der Fälschungen nach wie vor sehr gering ist.

Der halbjährliche Kurzbericht der EZB über die Fälschung von Eurobanknoten unter <http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100111.de.html>

Die Echtheit von Banknoten lässt sich mit dem einfachen Test „FÜHLEN-SEHEN-KIPPEN“ überprüfen. Dazu praktische Hinweise der Bundesbank unter http://www.bundesbank.de/bargeld/bargeld_falschgeld_leitfaden.php

20. Armut

Eurostat hat eine Erhebung zur Armut in der EU vorgelegt. Danach leben fast 80 Mio. Menschen in der EU (= 17 %) unterhalb der Armutsgrenze (Deutschland 15 %, Österreich 12 %, Frankreich 13 %, England 19 %). Weil sich die Armutsdefinition am Einkommen in einem Land orientiert, unterscheidet sich die Armutsschwelle stark zwischen den einzelnen Ländern. Sie lag in Deutschland bei 10.600 €, in Österreich bei 11.200 €, in Frankreich bei 9.700 €, in England bei 11.600 €, in Rumänien bei 1.900 € und Bulgarien bei 2.800 €. Diese Zahlen veröffentlichte Eurostat zum Beginn

des Europäischen Jahres zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Das Europäische Jahr soll das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut stärken. Die Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Jahres werden in Deutschland vom Bundesarbeitsministerium gestaltet. Die nationale Auftaktveranstaltung findet am 25. Februar 2010 in Berlin statt.

Die Pressemitteilung von Eurostat vom 18. 01. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/10&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Website zum Europäischen Jahr unter

<http://www.2010againstopoverty.eu/opencms/?langid=de>

Die Website des Bundesarbeitsministeriums u. a. mit Veranstaltungskalender unter

<http://www.mit-neuem-mut.de/portal/generator/10850/startseite.html>

Die Pressemitteilung der Kommission vom 20. 01. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/36&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

21. Recht auf Übersetzung

Eine Richtlinie über die Rechte auf Dolmetschleistungen und auf Übersetzungen in Strafverfahren ist in Vorbereitung (zuletzt EUK 60.20). Damit soll sichergestellt werden, dass Personen, die einer Straftat verdächtigt werden und die Verfahrenssprache weder verstehen noch sprechen, ein Dolmetscher beigelegt wird und maßgebliche Prozessunterlagen übersetzt werden. Diese Dienste sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Eine Presseerklärung der Kommission vom 08. 07. 2009 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1101&format=HTML&aged=0&language=DE&gui>

Der auf der Grundlage der politischen Einigung der EU-Justizminister vom 23. 10. 2009 vorbereitete Richtlinienentwurf (Englisch) vom 14. 12. 2009 unter

<http://eurocrim.jura.uni-tuebingen.de/cms/en/doc/1180.pdf>

22. EU-Kommission

Zu den Anhörungen der Kandidaten für die neue EU-Kommission, einschließlich der Aufzeichnungen der Anhörung, mehr auf der Internetseite des Parlaments unter

http://www.europarl.europa.eu/news/public/default_de.htm

23. EU-Projekttag

Der EU-Projekttag an Schulen findet am 3. Mai 2010 statt. Wie schon mit den Vorgängerveranstaltungen soll mit diesem 4. Projekttag das Interesse der Schülerinnen und Schüler an Europa geweckt werden.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Wilhelmstraße 60, Zi. 0.61 10117 Berlin / Telefon +49-30-22775974 / Telefax +49-30-22776958